



Alle Fotos (6): Wolfgang Borrs

Neben über 100 Aktionen bundesweit war der SoVD Mitveranstalter einer Kundgebung in Berlin. SoVD-Bundesfrauensprecherin Edda Schliepack auf dem Podium.

SoVD veranstaltet Kundgebung vor dem Brandenburger Tor mit DGB und Deutschem Frauenrat

Das Recht auf mehr Lohn

Der Sozialverband Deutschland (SoVD) fordert entschlossenes Handeln gegen die fortwährende Lohndiskriminierung von Frauen. „In diesem Jahr stehen 22 Prozent Verdienstunterschied zwischen den Geschlechtern. Um auf das Lohnniveau von Männern zu kommen, müssen Frauen 80 Tage für lau arbeiten. Das ist beschämend und gehört umgehend auf die politische Tagesordnung“, erklärte SoVD-Bundesfrauensprecherin Edda Schliepack anlässlich des Equal Pay Day am 21. März während einer Kundgebung am Brandenburger Tor.

In der gemeinsamen Veranstaltung unter dem Motto „Recht auf Mehr!“ forderten der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), der Deutsche Frauenrat und der SoVD die zeitnahe Umsetzung gesetzlicher Regelungen für mehr Entgeltgleichheit sowie zur Teilzeitarbeit, eine nachhaltige Reform der Minijobs und die Sozialversicherungspflicht für alle Beschäftigungsverhältnisse ab dem ersten Euro.

Die deutlichen Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen sind mit erschreckenden sozialen Risiken verbunden. Das machte Edda Schliepack deutlich. „Rund 4,65 Millionen Frauen haben eine Stelle auf 400-Euro-Basis.

Diese Minijobberin-

nen müssen fürchten, im Alter zu verarmen. Denn ihre Rente wird nach heutigen Werten 200 Euro nicht übersteigen.“

Neben der Einführung eines bundesweiten gesetzlichen Mindestlohns von wenigstens 8,50 Euro müsse der flächendeckende Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen und Ganztagschulen rasch und zielgerichtet erfolgen, so das SoVD-Präsidiumsmitglied. Gemeinsam erklärten Edda Schliepack, Ingrid Sehrbrock, stellvertretende DGB-Vorsitzende und Hannelore Buls, SoVD-Mitglied und Vorsitzende des Deutschen Frauenrates: „Wir brauchen einen

Rechtsanspruch auf befristete Teilzeit. Ein Aufstocken der Arbeitszeit nach der Teilzeit-Phase muss möglich und rechtlich verbindlich sein. Nur so erleichtern wir Frauen die Rückkehr in Vollzeit und Männern den Weg in eine mögliche Teilzeit. Das ist ein wichtiger Beitrag für die bessere und vor allem partnerschaftliche Vereinbarkeit von Beruf und Privatem und für mehr Geschlechtergerechtigkeit in der Arbeitswelt.“

Ingrid Sehrbrock kritisierte, dass die Debatte um die Entgeltlücke im Deutschen Bundestag nicht zielführend vorangehe: „Betriebe und Verwaltungen müssen ihre Eingruppierungspraxis systematisch und verbindlich überprüfen und geschlechtergerecht gestalten –



Ingrid Sehrbrock, stellvertretende DGB-Vorsitzende (re.) und Hannelore Buls, Vorsitzende des Deutschen Frauenrates.

kontrolliert von einer unabhängigen Stelle.“ Hannelore Buls stellte fest: „Lohndumping drängt viele Frauen zunächst in die Abhängigkeit vom (Ehe-) Partner oder von Jobcenter-Leistungen und später in die Altersarmut.“

Auch SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück machte sich für Entgeltgleichheit stark: „Ungleiche Bezahlung ist keine Privatangelegenheit einzelner Frauen, sondern es ist eine Frage, wie diese Gesellschaft das regelt.“

Vor der Kundgebung am Brandenburger Tor demonstrierte der SoVD mit einem Großplakat an der Bundesgeschäftsstelle gegen die Lohndiskriminierung von Frauen. Gleichzeitig fanden bundesweit über 100 Veranstaltungen in den SoVD-Landesverbänden statt (siehe Berichterstattung in den Landesbeilagen).

Das Plakat und Hintergrundinformationen sind unter www.sovd.de abrufbar.



V.li.: Mechthild Rawert (MdB/SPD), Sigmar Gabriel (SPD-Parteivorsitzender), Gesine Loetzsch (stellvertr. Vors. der Linksfraktion), Edda Schliepack (SoVD-Präsidiumsmitglied), Peer Steinbrück (SPD-Kanzlerkandidat), Ingrid Sehrbrock (stellvertretende DGB-Vorsitzende), Christel Humme (MdB/SPD) und Hannelore Buls (Vorsitzende Deutscher Frauenrat).



Unter anderem mit einem Großplakat an der Bundesgeschäftsstelle demonstriert der SoVD gegen die Lohndiskriminierung von Frauen.